Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

233 (6.10.1906) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 233. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 6. Oktober 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Zentrumsarbeiter und Zentrums-Agrarier.

Das Zentrum rühmt sich, keine Klassenpartei zu sein, vielmehr sei es die einzige Partei, die gleichermaßen die Interessen aller Klassen und aller Schichten der Bevölkerung vertritt. Es liegt für jeden Kenner der sozialen Struktur unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft und der Ursachen der sozialen Zerklüftung auf der flachen Hand, daß das Zentrum nicht nur keine Vertreterin der Interessen aller Klassen ist, sondern es auch gar nicht sein kann. Wenn das Zentrum trotzdem seine Anhänger aus allen Schichten und Klassen rekrutiert, so ist das in dem konfessionellen Charakter dieser Partei begründet. Es ist weder die allgemein politische noch die sozialpolitische Haltung des Zentrums, durch welche die sozial so heterogenen Zentrumselemente zusammengehalten werden; den Kitt bildet das konfessionelle Element. Auf die Dauer wird es dem Zentrum allerdings nicht gelingen, den Einflüssen der durch die ökonomischen Potenzen herbeigeführten sozialen Zerklüftung und Zersetzung standzuhalten.

Der Klassenkampf wird vor den Toren des Zentrumsturmes nicht halt machen. Die Gründung der christlichen Gewerkschaften, vor welchen den Bischöfen nicht mit Unrecht graute, weshalb sie den allerdings mißlungenen Versuch einer Kriegserklärung gegen dieselben machten, war ein Verzweiflungsakt des Zentrums. Je mehr sich diese christlichen Gewerkschaften entwickeln, desto näher rückt der Augenblick, wo im Zentrumsturm der Klassenkampf entbrennen wird. Die Politik des Zentrums wird deshalb je länger um so mehr eine Politik der Doppelzüngigkeit und Zweideutigkeit. Immer schwerer und erfolgloser wird die Arbeit der Zentrumsdiplomaten, die darin besteht, die in ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen so grundverschiedenen Elemente der Zentrumspartei zusammenzuhalten.

Bei den großen Kämpfen um den Zolltarif ist es dem Zentrum, dank der politischen und geistigen Rückständigkeit eines sehr großen Teiles seiner Anhänger, gelungen, einen scheinbaren Triumph seiner „allen Klassen gerecht werdenden Politik" zu erringen. Aber es war ein Pyrrhussieg. Die Folgen der agrarischen Politik, die unserer wirtschaftlichen Entwicklung und den Interessen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes diametral entgegenwirkt, stecken auch dem dümmsten Zentrumsarbeiter ein Licht auf. Langsam aber unaufhaltsam wirken die Tatsachen auf die künstlich genährte Denkfaulheit des Zentrumspublikums der unteren Schichten ein. Noch versucht die Zentrumspresse, wie wir diese Woche aus einem Artikel des Bad. Beobachter nachgewiesen haben, mit den so oft bewährten jesuitischen Kniffen, die Zentrumsarbeiter zu übertölpeln; aber das Geschäft wird schwieriger mit jedem Tag. Die Zentrumsarbeiter fangen an, gegen die agrarische Zentrumspolitik zu rebellieren. Freilich sind es vorerst nur wenige, und die geistig am regsamsten. Auch ist die Rebellion noch keine allzugefährliche. Aber die Gefahr, daß der Funke zur Flamme wird, liegt näher als viele glauben. Aus Beamten- und Arbeiterkreisen, die dem Zentrum zugehören, erschallen immer mehr Stimmen, die eine Oeffnung der Grenzen fordern, um der täglich größer werdenden Fleischnot und Fleischverteuerung zu steuern. Auch in der Korrespondenz der christlichen Arbeiter war eine solche Zuschrift veröffentlicht worden. Dagegen wandte sich die zentrums-agrarische Rhein. Volksstimme wie folgt:

„Es ist traurig, daß es noch Leute gibt, die die Arbeiter für so dumm halten, daß man ihnen noch so ungereimtes Zeug vorschwatzen dürfe. Das sind die alten Phrasen, mit denen die Sozialdemokratie die Arbeiter einzuseifen und an sich zu ketten sucht. Kraftsprüche, die mit der nötigen Lungenkraft vorgetragen wohl imstande sind, eine Volksversammlung mit sich fortzureißen, einer ruhigen objektiven Würdigung aber nicht standhalten."

Des weiteren gab die Rhein. Volksst. der Sozialpolitischen Korrespondenz den Rat, die Arbeitersekretäre mit der nötigen Deutlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß man mit der „Aufhetzung der Arbeiter gegen die Bauern" den Staat nicht rette und die Not nicht lindere. Die christlichen Arbeitersekretäre, die bei der Zolltarifkampagne sich vor den Wagen der Agrarier haben spannen lassen, jammern jetzt über den Undank der Agrarier. Es sei doch den christlichen Arbeitersekretären nicht zu verdenken, wenn sie in der Frage der Fleischteuerung, welche die Arbeiter- und auch ausgedehnte kleinbürgerliche Kreise schon länger als ein Jahr hart treffe, einen anderen Standpunkt einnähmen, als die Rhein. Volksst. Und wo befinde sich in der Zuschrift der Sozialpolitische Korrespondenz über hohe Fleischpreise ein Wort, das dazu angetan sei, die Arbeiter gegen die Bauern aufzuhetzen und die Bauern für die Fleischteuerung verantwortlich zu machen? Eine große Fleischteuerung bestehe, das erkenne auch die Rhein. Volksst. an. Wenn eine bedingte Grenzöffnung für die Zeit einer hohen Fleischteuerung unter denselben Vorsichtsmaßregeln, wie sie für Rußland und Oesterreich bereits bestehen, für andere Grenzstaaten gefordert werde, so sei dies nichts Unverständiges und Ungehöriges. Die Forderung der Heranziehung ausländischen Viehes müsse umsomehr berechtigt erscheinen, als ein Rückgang der Schlachtungen zu konstatieren sei. Die Bauern für die Fleischteuerung verantwortlich zu machen, liege den Arbeitersekretären fern. Auch seien die Arbeiterkreise wohl darüber im klaren, daß mit einer aufsteigenden Preisbewegung für Fleisch zu rechnen sei. Die jetzigen Preise wären aber entschieden zu hoch. Die Schuld allein auf den Zwischenhandel abwälzen zu wollen, gehe auch nicht an, denn die Preise, die den Landwirten und auch den Viehverwertungsgenossenschaften gezahlt würden, seien sicher nicht als gering zu bezeichnen. Wenn daher die christlichen Arbeitersekretäre, die infolge ihrer Tätigkeit wohl am besten die schädigenden Wirkungen der starken Fleischteuerung für den Arbeiterstand beurteilen könnten, in sachlicher und sogar „maßvoller" Form auf Abhilfe drängen, so sollte man auch von der Rhein. Volksst. ein gleiches Maß und eine andere Form erwarten können. Gerade ihr stehe es schlecht an, von „Irreführung der Arbeiter und Aufhetzung derselben gegen die Bauern" zu reden, so lange sie in solch gehässiger Weise die Bauern zu ihrem eigenen Schaden gegen die Arbeiter aufreize und sie nicht über den wahren Sachverhalt aufkläre.

Diese Klagen über die agrarischen Frechheiten sind wirklich sehr „maßvoll". Man kann jetzt nicht mehr die Folgen der agrarischen Lebensmittelwucherpolitik ableugnen, auch den Arbeitern nicht mehr vorschwindeln, daß ihre Lage durch die Verteuerung der Lebensmittel verbessert würde, wie man das während der Zolltarifkämpfe von Zentrumsseite getan hat. Solchen Schwindel glauben jetzt schon nicht einmal mehr die Zentrumsarbeiter. Aber was tun? Die Führer der christlichen Gewerkschaften können doch nicht auf einmal alles das verleugnen, was sie den katholischen Arbeitern jahrelang als Wahrheit verkündet haben. Vielleicht haben es viele der christlichen Arbeitersekretäre noch nicht begriffen, vielleicht getrauen sie sich nicht, es zu sagen, daß die Verteuerung der Lebensmittel eine künstliche, von ihnen unterstützte Mache ist, die ihre Ursache in den politischen Machtverhältnissen des Reichstages hat und daß der Kampf gegen den Lebensmittelwucher deshalb in erster Linie ein politischer Kampf und zwar ein Klassenkampf ist, ein Kampf vor allem gegen das Zentrum, als den Hort der agrarischen Reaktion.

Die Folgen der agrarischen Politik decken den Schwindel der Zentrumspartei, daß es die Interessen aller Klassen und aller Schichten der Bevölkerung vertrete, jedem, der noch selbständig denken kann, auf. Bauer und Arbeiter brauchen zwar keineswegs in sozialem Gegensatz zu stehen. Auch den Bauern kann geholfen werden und die Arbeiterklasse kann dabei mitwirken. Aber nie und nimmer kann dies auf dem Wege der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel, der künstlichen, nicht zu veterinärpolizeilichen, sondern zu agrarpolitischen Zwecken erfolgenden Absperrung der Grenzen geschehen.

Die agrarische Politik des Zollwuchers schädigt nicht nur die Interessen der Lohnarbeiterklasse, sie legt nicht nur unserer wirtschaftlichen Entwicklung Hindernisse in den Weg, sie nützt auch der Masse der Kleinbauern nichts, die ebenso übertölpelt wurden, wie die christlichen Arbeiter. In Deutschland muß diese agrarische Reaktion überwunden werden und wenn die christlichen Arbeiter zurzeit auch noch nicht wissen, was sie zu tun haben, wenn sie jetzt auch noch glauben, sie kämen um den Klassenkampf herum, die Entwicklung und die sie treibenden Kräfte sind stärker und wirken auch schließlich bei den christlichen Arbeitern überzeugender, als die verlogenen Argumente des Zentrums und seiner München-Gladbacher Jesuitenzöglingsschule. Das Zentrum wird den Klassenkampf nicht überwinden.

Die Zigarettensteuer und ihre Folgen.

M. Als im vorigen Jahre Finanzminister Stengel die Tabaksteuer dem deutschen Volke präsentierte, erfolgte sogleich ein Entrüstungssturm seitens der Tabakindustriellen, die noch ein Liedlein von der Tabaksteuererhöhung des Jahres 1878/79 zu singen wissen. Bei der jetzigen Tabaksteuervorlage kämpften Fabrikanten und Arbeiter Schulter an Schulter. Die Opposition in der Zigarettenindustrie ließ aber bei den Unternehmern bald nach. Die Zigarettenfabrikanten waren bereit, einige Milliönchen zu opfern, ohne angeblich die Steuer auf die Konsumenten und Arbeiter abzuwälzen. Herr Stengel nahm das Anerbieten an und brachte das von einem Herrn Reimbold, einem Offenburger Kind, ausgearbeitete Banderolensteuergesetz vor den Reichstag. 14 Millionen soll diese Steuer einbringen. Die Zigarettenfabrikanten haben ihre Rechnung ohne Stengel gemacht. Wir wollen den Lesern des Volksfreund hier zeigen, wie weit die Zigarettenfabrikanten ihrem Versprechen, die Steuer selbst zu tragen, nachgekommen sind. Die Zigarette, von welcher das Mill vor dem Inkrafttreten des Gesetzes (1. August) 7 Mark kostete, wird jetzt von den Fabrikanten mit 9,50 Mark berechnet. Der Fabrikant hat also auf das Mill 1 Mk. mehr draufgeschlagen, als die Steuer ausmacht, die nur 1,50 Mark beträgt. Bei andern Zigaretten gibt man statt 10 Stück-Packungen jetzt nur 8, oder die Qualität wird verschlechtert. Die billigsten Zigaretten, die früher zu 10 Pf. die Schachtel verkauft wurden, kosten jetzt 12—15 Pf. Zigaretten, die früher 13 bis 14 Mark pro Mill ab Fabrik kosteten, werden jetzt mit 16—17,50 Mark berechnet, so daß die Fabrikanten durch die Steuer eine ganz bedeutende Mehreinnahme erzielen. Entweder wurde der Preis über die Steuer erhöht, oder die Qualität verschlechtert. Das gleiche ist beim Zigarettentabak der Fall. Wenn auf ein Kilogramm 80 Pf. Steuer kommen, beträgt der Aufschlag 1 Mark. Die Zigarettensteuer wird also nicht nur vollständig auf die Konsumenten abgewälzt, diese müssen darüber hinaus an die Fabrikanten noch einen 10- und mehrprozentigen Tribut entrichten. Am stärksten wird das Zigarettenpapier durch die Steuer belastet. Ein Büchlein Zigarettenpapier, das früher 6—8 Pf. kostete, ist im Preis auf 18—20 Pf. gestiegen; Büchlein, die früher 15 Pf. kosteten, kosten heute 45 Pf. Kein Wunder, wenn viele, die früher Zigaretten rauchten und sie selbst machten, jetzt auf diesen Genuß verzichten. Der Konsum geht mehr und mehr zurück und der Reichssäckelmeister wird bald nicht mehr auf seine Rechnung kommen. Dafür aber hat man einen Industriezweig aufs schwerste geschädigt. Sind doch in Dresden allein 4000 Arbeiterinnen in der Zigarettenbranche brotlos geworden, in Berlin und anderen Orten arbeiten sie nur halbe Tage. Von den Chikanen, welche diese Steuer bereitet, gar nicht zu reden. Und dabei muß man befürchten, daß über kurz oder lang das Attentat auf die Tabakindustrie aufs neue versucht werden wird. Schöne Aussichten, zumal auch die andern so „beliebten" neuen Steuern voraussichtlich bald erhöht werden. Militarismus und Marinismus verschlingen Unsummen und so lange die Reichen nicht mit direkten Steuern herangezogen werden, muß die Volksmasse die Kosten durch indirekte Steuern bezahlen.

Darum: „Volk, sei auf der Hut!"

Badische Politik.

Abgeblitzt

sind der Bürgermeister Hauns und der Landwirt Friedmann von Oberwasser bei Bühl mit ihrer gegen die Bad. Landeszeitung angestrengten Beleidigungsklage. Die Beleidigung hatten sie in einem Artikel dieser Zeitung: Die Bürgermeisterwahl in Oberwasser (eine Illustration zur Gemeindewahlagitation des Zentrums) gefunden. Der Artikel hatte die Wahlumtriebe niedriger gehängt, die bei der Bürgermeisterwahl in Oberwasser im Frühjahr d. J. vorgekommen waren. Das Schöffengericht sprach seinerzeit den Redakteur der Bad. Landeszeitung, Beeser, von der Anklage der Beleidigung frei.

Die von den Klägern gegen dieses Urteil eingelegte Berufungsklage wurde vorgestern von der Offenburger Strafkammer kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht sprach aus, daß dem Beklagten der Wahrheitsbeweis zum großen Teil gelungen sei, soweit er aber nicht gelungen sei, habe aber der Beklagte doch straflos zu bleiben, da der Artikel sich darstelle als eine Erwiderung auf einen Artikel des Acher- und Bühlerboten, des bekannten, in Bühl erscheinenden Zentrumsblattes, das geschrieben hatte, daß unter der bisherigen verhängnisvollen (d. h. liberalen. Red.) Herrschaft ein Geschlecht heranwachse, das jedes göttliche und menschliche Recht mißachte und jede Autorität mit Füßen trete. Hierauf habe der verantwortliche Redakteur eines liberalen Blattes, wenn nicht die Pflicht, so doch sicher das Recht gehabt, zu antworten. Der Beklagte sei daher durch § 193 R.St.G.B. gedeckt, wenn ihm der Wahrheitsbeweis auch nicht voll gelungen sei.

Es ist ein seltener Fall, daß einem Redakteur das Recht auf die Berufung des § 193 R.St.G.B. (Wahrung berechtigter Interessen) zuerkannt wird. Sozialdemokratische Redakteure berufen sich gewöhnlich umsonst auf diesen Paragraphen.

Ueber den Zollbureaukratismus

weiß die Frankf. Ztg. aus Baden wieder ein interessantes Geschichtchen zu erzählen. Man schreibt dem Blatte: Die Auslegung der Position 47 des neuen Zolltarifs durch die badische Zollbehörde zeigt, welche Blüten der Bureaukratismus treibt. Nach Position 47 sind frische Aepfel, Birnen und Quitten, wenn sie in der Zeit vom 25. September bis 25. November unverpackt eingebracht werden, zollfrei. Für verpacktes Obst, das nicht in Postsendungen von einem Gewicht bis 4 Kilogr. einschließlich oder in Säcken eingeht, ist Zoll zu entrichten. Der Vertragszollsatz beträgt für Obst in einfacher Umschließung 3,20 Mk. pro Doppelzentner, in mehrfacher Umschließung 5 Mk. Die Auslegung, was unverpackt oder in einfacher Umschließung ist, hat der badischen Zollbehörde scheinbar Schwierigkeiten gemacht. Ihre Entscheidung lautet dahin, daß Obst in einem Korb, der über die Grenze getragen wird, zollfrei bleibt, daß dagegen Zoll bezahlt werden muß, sobald der Korb auf einem Wagen eingeht. Da in diesem Jahre der Kanton Thurgau eine gute Obsternte hat, wird viel Obst nach Konstanz gebracht. In den meisten Fällen erfolgt der Transport in Körben, die auf einen Wagen gestellt werden. Trotz der allgemeinen Ansicht, daß ein derart eingebrachtes Obst doch als „unverpackt" gelten müsse, da die Körbe weder mit Stroh, noch mit Packtüchern bedeckt sind, mußte Zoll bezahlt werden. So lautet beispielsweise eine Zollquittung: „frische Aepfel in einem Korbe auf einem Handwägelchen eingeführt 20 Kilogramm 60 Pf." Natürlich bezahlte einer, der zum zweitenmal Obst über die Grenze zu bringen hat, keinen Zoll mehr. Es hat sich nämlich folgende Praxis herausgebildet: Das Obst wird bis zur Grenze gefahren. Ist nun ein Korb herüber zu schaffen, dann nimmt der Transporteur den Korb auf den Rücken und zieht den Wagen hinten nach. Handelt es sich über das Herüberbringen mehrerer Körbe, dann werden diese auf schweizer Boden abgeladen, über die Grenze getragen und auf deutschem Gebiet wieder auf den inzwischen herbeigeführten Wagen gestellt. In beiden Fällen lassen die Zöllner das Obst anstandslos zollfrei über die deutsche Grenze — der Buchstabe hat gesiegt!

Jawohl, und wenn man gegen solchen Blödsinn ankämpft, der sich nicht nur in der Zollverwaltung vorfindet, dann wird man als dummer Kerl „verzollt", der von der Geheimwissenschaft des heiligen Bureaukratius nichts versteht.

Eine gesalzene Abfuhr

läßt ein Mitarbeiter des Bad. Landesboten einem klerikalen Schmierfinken zuteil werden, der in des badischen Dichters Scheffel Dichtung Ekkehard ein gegen die Mönche, Klöster, Nonnen, Bischöfe, gegen Sitte und Moral verstoßendes Buch sieht. Der Landesbote gibt eine ganze Reihe von Zitaten aus der ultramontanen „Aufklärungsschrift" und schreibt dann zum Schluß:

„Wir begnügen uns mit diesen Zitaten, um zu zeigen, wie gemein man denken darf, um immer noch eine Stütze des Klerikalismus sein zu können.

Wir aber in Baden haben die Pflicht, Protest zu erheben gegen diese schändliche Verunglimpfung unseres heimatlichen Dichters durch einen klerikalen Schweinigel und wir schieben die Schuld denen zu, welche diesen Geist protegieren und fruktifizieren, dem Zentrum und seinen Führern, solange sie nicht solche Böotier und literarischen Strauchdiebe abschütteln."

Bravo! Die Hiebe sitzen.

Filzgefütterte Schuhe für die Bahnsteigschaffner.

Die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen hatte im letzten Winter Probeversuche mit der Abgabe von filzgefütterten Lederschuhen mit Holzsohlen an Bahnsteigschaffner gemacht, die so gut ausgefallen sind, daß jetzt sämtliche badische Bahnsteigschaffner und Hilfsbahnsteigschaffner verwaltungsseitig mit solchen Schuhen ausgerüstet worden sind. Am 1. Oktober jeden Jahres werden die Schuhe ausgegeben und am 1. April zurückgeliefert. Etwaige Reparaturen sind auf Kosten der Verwaltung durch Handwerksmeister am betr. Stationsorte ausführen zu lassen.

Es ist sehr schön, daß man „verwaltungsseitig" solche Maßnahmen trifft, hoffentlich bezahlt man die Bahnsteigschaffner auch bald etwas besser.

Die Pforzheimer Bijouteriefabrikanten

können sehr energisch sein, wenn es gilt, gegen die Arbeiter und ihre Forderungen mobil zu machen. Im übrigen aber sind sie nicht die „starken Männer", als welche sie sich so gerne aufspielen. So schreibt man uns aus Pforzheim, daß es kaum glaublich klingt, wie diese Leute, deren Industrie sich den Weltmarkt erobert hat, von einzelnen „Spitzen" sich behandeln lassen. Nur zwei Beispiele:

In einer neulich stattgefundenen Versammlung sollte über eine gewisse Sache geheim abgestimmt werden, wenigstens war dies die in der Versammlung allgemein herrschende Auffassung. Der erste Vorsitzende verstand es, die ihm offenbar nicht passende geheime Abstimmung zu umgehen. Er besaß die Naivität — zu seiner Ehre wollen wir annehmen, daß es nur Naivität war — den Fabrikanten zu sagen, er wünsche eine offene Abstimmung, weil eine geheime Abstimmung ein anderes Resultat zur Folge haben würde, also ein von ihm nicht gewünschtes und gewolltes. Und es geschah, die Herren Fabrikanten verzichteten, ihre Meinung richtig zum Ausdruck zu bringen.

In einer anderen Versammlung, unter einem anderen Vorsitzenden, wurde zwar „geheim" abgestimmt, aber jeder Abstimmende mußte seine Firma unterzeichnen. So lassen sich die Pforzheimer Fabrikanten behandeln. Wir wollen nur hoffen, daß diese Zustände bald beseitigt werden und daß die Entrüstung über die Macher derselben diese recht bald vom Podium herunterfegt.

Soweit unser Korrespondent. Die Vorgänge werfen auch ein bezeichnendes Licht auf die politische Charakterfestigkeit des Fabrikantentums. Unser ganzes Bürgertum hat sich so ans Ducken und Rückenkrümmen gewöhnt, daß ihm der Gedanke der Unwürdigkeit einer solchen Behandlung gar nicht mehr kommt.

Deutsche Politik.

Antrag auf Einführung des Proportionalwahlsystems.

Die Mainzer Landtagsabgeordneten Dr. Schmitt und Molthan haben in der hessischen zweiten Kammer den Antrag eingebracht, den Städten mit über 10 000 Einwohnern die Einführung von Proportionalwahlen zu gestatten. Man will dadurch dem mehr und mehr drohenden Uebergewicht der Sozialdemokratie in den Gemeinderäten begegnen. Bei der Zusammensetzung der zweiten Kammer ist es sehr wahrscheinlich, daß der Antrag angenommen wird.

Das Zentrum ist für alle Wahlsysteme, es kommt nur darauf an, wie es im gegebenen Falle wirkt. Und so etwas nennt sich Volkspartei und kämpft im Zeichen der Wahrheit, der Freiheit und des Rechts!

Das geistige Leben im Zentrum.

Die Wähler, über welche das Zentrum in seinen sicheren Kreisen verfügt, sind aus ganz eigenem Holze geschnitzt, sonst müßten schließlich auch sie einmal zur Einsicht kommen. Aber so ein echter Zentrumsmann, der hält was aus. Jetzt regt ein Zentrumsabgeordneter in der Germania an, die Abg-

ordneten sollten auch in ihren sicheren Wahlkreisen gelegentlich über die Tätigkeit des Reichstages Bericht erstatten. Er bemerkt zur Begründung:

„Gewiß sind die Abgeordneten, die ein halbes Jahr in Berlin weilen, am Schlusse der Session sehr ermüdet und fordern deshalb Ruhe; niemand wird fordern, daß sie sofort wieder in die Volksversammlungen gehen. Aber von Mai bis September ist auch eine lange Zeit, und da kann man ausruhen. Deshalb wird auch jeder Abgeordnete dem Rufe nach einem Referat gern Folge leisten. Aber wie viele Zentrumsorganisationen sind denn regelmäßig an ihren Abgeordneten mit einer solchen Bitte herangetreten? .... Wir fragten einmal einen Zentrumsabgeordneten, der seit beinahe zwanzig Jahren dem Reichstag angehört, wie oft er schon zur Berichterstattung gebeten worden sei. Antwort: Niemals! Als ich einmal aus freiem Antrieb kam, sagte man mir, ich möchte mich nicht bemühen, **die Wähler forderten ein solches Referat nicht.**"

Das sind die überzeugten Anhänger des Zentrums! Leute, die auf Pfarrers Geheiß ihren Abgeordneten wählen, den zu sehen und zu hören sie zwanzig Jahre lang nicht das geringste Bedürfnis empfinden! Die vollkommenste politische Trägheit, die absolute Gedankenlosigkeit, der stille Stumpfsinn sind die mächtigsten Verbündeten unserer Gegner.

Selig sind die, die da geistig arm sind und den Seinen gibt es der Herr im Schlafe! Wohl ihnen!

Im Zeichen des Stadt-Kurses.

Vor einigen Monaten stellte der Gemeinderat von Hamborn 30 000 Mk. zum Zwecke einer Neuregelung der Lehrergehälter bereit. Die Regierung zu Düsseldorf lehnte es „mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde" ab, eine entsprechende Skala aufzustellen. Da sich die Gemeindevertretung davon überzeugt hat, daß eine Aufbesserung erwünscht ist, hat sie den Beschluß gefaßt, den Lehrern eine Teuerungszulage zukommen zu lassen. Ob die Regierung dagegen etwas einzuwenden haben wird?

Tippelskirchs stiller Kompagnon auf der Jagd.

Wie die Deutsche Tageszeitung berichtet, ist Landwirtschaftsminister v. Podbielski nicht in politischen Angelegenheiten nach Rominten gereist, sondern einer Einladung zur Jagd gefolgt.

Wovon wir hiermit pflichtgemäß Notiz nehmen.

Die neueste Statistik der Schande.

Von Ende Juni bis Ende September 1906 wurde die gerichtliche Verurteilung von 25 Soldatenschindern bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 2 Jahre 6 Monate 14 Tage Gefängnis, 5 Monate 1 Tag mittlerer Arrest, 1 Monat 4 Tage gelinder Arrest, 21 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen.

Auf Preußen treffen 2 Jahre 2 Monate Gefängnis, 4 Monate 6 Tage mittlerer Arrest, 5 Tage gelinder Arrest, 21 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen; auf Bayern 20 Tage mittlerer Arrest, 15 Tage gelinder Arrest; auf Sachsen 4 Monate 14 Tage Gefängnis, 5 Tage mittlerer Arrest, 14 Tage gelinder Arrest.

Die Zahl der wirklich vor Gericht gestellten und besonders die Zahl der tatsächlich verübten Soldatenschindereien ist natürlich weit größer als aus dieser Statistik der öffentlich bekannt gewordenen Verurteilungen hervorgeht.

Ausland.

Schweiz.

Wieder ein sozialdemokratischer Richter. Bei den drei Ersatzwahlen, die am Sonntag in Rorschach für das Bezirksgericht stattfanden, siegte die sozialdemokratisch-konservativ-demokratische Kompromißliste, so daß auch unser Genosse gewählt wurde. Die liberale Partei unterlag mit ihren zwei Kandidaten, wovon der eine ein scharfmacherischer, arbeiterfeindlicher Malermeister ist.

Frankreich.

Zum Kirchenstreit. Das Exekutiv-Komitee der Radikalen und Radikal-Sozialisten hielt eine Sitzung ab, worin das Trennungsgesetz besprochen und eine Resolution gefaßt wurde, in der verlangt wird, daß am 1. Dezember überall, wo sich keine Kultus-Genossenschaften gebildet hätten, die Kirchengüter eingezogen werden sollen. Die Bischofspaläste, Seminare und Pfarrhäuser sollen gleichfalls kassiert werden. Die angehenden Priester müßten, wie alle übrigen Franzosen, zu den Fahnen einberufen werden.

Rußland.

Reiseeindrücke in Rußland. Der bekannte Schriftsteller Elpatjewski schildert in der Rußkija Wedomosti seine Erlebnisse während einer Reise in Südrußland. „In dem Eisenbahnwagen herrscht eine unruhige, aufgeregte Stimmung ... Auf den kleinen Steppenstationen kommen Leute herein und bringen mit sich jene Unruhe, die dort in der weiten Ebene, in den kleinen Dörfern, alles erfüllt. ... Alle sprechen von Tod, von Blut, von Mord, Plünderungen, Nagaikas. „Bei uns in Südrußland, wenn wir uns Sorgen machten, so würden wir überhaupt nicht mehr leben können" ... Und ringsumher Soldaten. „Viele Soldaten, überall Soldaten, mit Gewehren und Bajonetten. Sie schreiten zwischen den Gleisen umher, sie blicken durch die Fenster eines leeren Zuges auf einem Nebengleis heraus, sie stehen auf dem menschenüberfüllten Bahnsteig. In den Bahnhöfen junge Männer in großer Menge. Studenten, Intellektuelle, Eisenbahner, Postbeamte, Fabrikarbeiter, auch Studentinnen, Beamtinnen ..." Alle sprechen lebhaft miteinander, und unaufhörlich klingt es: „Revo ... Revolu ..." usw. Ihre sozialen Stellungen sind nicht mehr zu unterscheiden. Sie haben alle dieselben intelligenten, begeisterten Gesichter. Im Wagen beginnt ein alter Mann zu sprechen: „Ich habe es selbst gesehen ... 15 Werst von uns entfernt, da war im Dorfe ein großes Meeting. Strafhnikis kamen und begannen die Leute auseinanderzujagen. Sie haben ein kleines Mädchen getötet. Sie war ganz klein, vielleicht 9—10 Jahre alt. Sie war so neugierig und lief umher. Ich habe selbst gesehen, wie der Strafhnik ihr einen Schlag auf den Kopf gab. .. Er hat sie mit einem Schlag totgemacht. Sie rührte sich nicht mehr. Da kam ein zweiter dazu und begann, sie mit dem Fuß auf den Kopf zu schlagen ... mit dem Stiefel ... mit dem Absatz ..." Und plötzlich schluchzte der Greis laut auf und fuhr schluchzend fort: „So klein war sie, sie war tot, und er schlägt immer weiter ... Er schlägt mit dem Fuß und das Gehirn spritzt wie Wasser herum. Jedesmal, wenn ich die Augen schließe, sehe ich vor mir, wie das Gehirn aus ihrem Kopfe aufspritzt — — —."

Aus der Partei.

a **Offenburg,** 5. Okt. Morgen beginnt die regelmäßige Ausgabe des sozialdemokratischen Wochenblattes Volkszeitung. Es sind schon weit über Tausend Abonnenten angemeldet. Auch der erste Preßprozeß ist eingeleitet; Zigarrenfabrikant Kratzer, der durch seine Arbeiterentlassungen weit über die Stadt hinaus sich einen Ruf verschaffte, versucht sein Heil mit einer Privatklage. Dieser Prozeß wird interessantes Material über die soziale Lage der armen Zigarrenarbeiter an den Tag bringen.

5. badischer Wahlkreis (Freiburg). Wir machen die Genossen darauf aufmerksam, daß heute Samstag Abend Genosse Kräuter im Gasthaus zum Bären in Zähringen über die Tätigkeit des Landtags berichtet. Im Markgrafen zu Haslach berichtet Genosse Grumbach und in der Sinnerhalle in Emmendingen Genosse Engler über den Parteitag.

Am Sonntag findet in Waldkirch eine Versammlung mit Berichterstattung vom Parteitag statt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lahr, 5. Okt. Am 4. Oktober fand zwischen den Vertretern der Prinzipalsvereinigung im Steindruckereigewerbe und den Vertretern des Senefelderbundes die Verhandlung behufs Regelung der Lohnverhältnisse statt. Mit dieser Verhandlung hat die Aussperrungsbewegung ihren vorläufigen Abschluß gefunden. War es der Gehilfenschaft von vornherein klar, daß die Errungenschaften in der Lohnfrage keine nennenswerten sein würden, so ist doch wenigstens in einer Firma, Ernst Kaufmann, einem Teil der Kollegen eine Lohnaufbesserung sofort zugebilligt worden. Es kommen 3 Lithographen und 10 Steindrucker in Betracht, welche insgesamt 14 Mk. Zulage pro Woche bekommen. Weitere Aufbesserungen sollen in dieser wie in den übrigen Schutzverbandsfirmen zum 1. Januar erfolgen. Der zwischen beiden Organisationen vereinbarte Mindestlohn ist ebenfalls sofort in Kraft getreten.

Badische Chronik.

Pforzheim.

5. Oktbr.

— Die christlichen Beschuldigungen gegen die Allgemeine Pforzheimer Ortskrankenkasse haben sich nun bei der Untersuchung durch die Aufsichtsbehörde als das herausgestellt, was von allem Anfang an von ihnen zu halten war, **beweislos erhobene Verleumdungen.** Aus dem Stadtrat wird berichtet:

Es wird Kenntnis genommen von der regelmäßigen Revision bei der Stadtkasse, der Gaswerks- und Schlachthofskasse, sowie von einer bei den vereinigten Innungskrankenkassen und der allgemeinen Ortskrankenkasse vorgenommenen unvermuteten Kassenrevision. Sämtliche Revisionen hatten Beanstandungen nicht zur Folge. Bezüglich der Allgemeinen Ortskrankenkasse teilte das Bürgermeisteramt als Aufsichtsbehörde bei dieser Gelegenheit mit, daß anläßlich der im Frühjahr ds. Js. stattgehabten Wahlen zur Generalversammlung das christliche Ortskartell beim Bezirksamt Beschwerde erhoben, zugleich aber auch der Vorstand der Ortskrankenkasse den Antrag gestellt habe, im Hinblick auf die gegen ihn in den Tagesblättern erhobenen Beschuldigungen über nicht ordnungsmäßige Verwaltung eine Untersuchung anzustellen. Die daraufhin vom Bürgermeisteramt veranlaßten Erhebungen hätten indes keinerlei Beweise oder auch nur Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Anhänger der sozialdemokratischen Partei durch die Kassenverwaltung irgendwie begünstigt werden, sei es in Leistung von Beiträgen oder in Empfang von Krankenunterstützungen usw. In einem der namhaft gemachten Fälle sei es allerdings zweifelhaft, ob die Voraussetzungen für Gewährung von Krankenunterstützung auch wirklich vorhanden waren, nach dem vorgelegten Krankenschein sei aber die Kasse zur Gewährung von Krankenunterstützung verpflichtet gewesen. Dagegen hätten die Vorgänge zur Generalversammlung selbst dem Bezirksamt Anlaß gegeben, für künftige Wahlen ein geeignetes, räumlich mehr ausgedehntes und mehr zugängliches Wahllokal zu verlangen. Die Wirtschaft zum Römischen Kaiser habe in keiner Weise der Wahlbeteiligung entsprochen, indem die beschränkten Raum- und Zugangsverhältnisse zur Gewährleistung einer ungehinderten und ohne Störung vor sich gehenden Abstimmung nicht geeignet gewesen seien. Das Kollegium nimmt von diesen Feststellungen Kenntnis.

— Zum Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts wurde vom Stadtrat an stelle des seitherigen jetzt zum Bürgermeister von Lörrach gewählten Herrn Dr. Gugelmeier der zurzeit beim Sekretariat des Justizministeriums beschäftigte Referendar Herr Josef Hollerbach gewählt. Er beginnt seine Tätigkeit am 1. November.

— Die erste Sitzung der Kammer für Handelssachen fand am Donnerstag unter dem Vorsitz des Oberamtsrichters Dr. Levis hier statt. Die Sitzungen finden jeweils am Donnerstag statt.

Freiburg.

5. Oktober.

— Heute gelangt hier der **Gaisert-Prozeß** in zweiter Auflage zur Verhandlung. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Pfarrer Gaisert hat in seiner Pfarrei zu Gündelwangen unter Mißbrauch seines geistlichen Amtes bei der letzten Landtagswahl zugunsten der Zentrumspartei agitiert. Oberamtmann Kapferer von Säckingen war beauftragt, Erhebungen hierüber zu machen. Die Erhebungen erstreckten sich auch auf ein Gespräch, das der Pfarrer mit dem Wirt Faller führte. Als Gaisert hörte, daß der Malermeister Kramer, welcher das Gespräch mit angehört, vernommen werden sollte, schrieb er an diesen einen Brief, in welchem er ihn aufforderte, bei seiner bevorstehenden Vernehmung zu sagen, er hätte von dem Gespräch nichts gehört.

Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb Anklage wegen versuchter Verleitung zum Meineid. Die Strafkammer zu Waldshut sprach den Angeklagten frei, weil nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte beim Schreiben des Briefes gewußt habe, daß der Zeuge Kramer vereidigt wird. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung hin hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zu Freiburg. Dem Ausgang des Prozesses sieht man hier mit großer Spannung entgegen. Daß die Verhandlung gegen Pfarrer Gaisert stattfindet, weiß der Freib. Bote seinen Lesern noch nicht zu berichten, dagegen berichtet er, daß am 20. Oktober das Schöffengericht Konstanz gegen den Staatsanwalt Junghanns wegen Beleidigung des Pfarrers Werber von Radolfzell verhandelt.

*

— Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, hält der Bäckerverband morgen sein Stiftungsfest ab. Dasselbe findet im oberen Storchensaale statt. Das Programm ist sehr reichhaltig und können wir den Besuch des Festes den Partei- und Gewerkschaftsgenossen nur empfehlen.

— Der Kreisobstmarkt vom 3. Oktober war stark und durchweg mit schönem Obste befahren. Der Verkauf, namentlich von Lagerobst, war ein sehr reger, sodaß gegen 11 Uhr sämtliche Ware verkauft war.

* **Lahr,** 5. Okt. Den Mord in Dinglingen betr. gibt der Staatsanwalt bekannt, daß, wie inzwischen weiter festgestellt wurde, der Täter einen schwarzen Filzhut getragen haben soll und einen Stock, der vermutlich dünn war, bei sich hatte. Auch soll der Täter bartlos und etwa 25 Jahre alt sein. Möglich ist, daß er einen Ueberzieher, nicht eine Juppe trug. Das Justizministerium hat für die Ermittlung und Ergreifung des Täters eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt.

* **Aus dem Elztal,** 5. Okt. Der Sturm in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober hat der Obsternte sehr geschadet. Da das Obst beinahe oder völlig reif ist, fiel mindestens die Hälfte ab und kann nur noch zum Mosten Verwendung finden.

* **Vom Bodensee,** 4. Okt. In den Amtsbezirken Konstanz, Engen, Ueberlingen, Stockach und Meßkirch ist die Kartoffelernte zurzeit in vollem Gange und fällt dieselbe nach Qualität und Quantität durchaus befriedigend aus. Die Kartoffeln werden mit 4—4½ Mk. pro Doppelzentner bezahlt. Auf den Stationen Nenzingen, Wahlwies, Radolfzell, Singen, Mühlhausen und Immendingen wurden bereits ansehnliche Quantitäten neuer Kartoffeln von auswärtigen Händlern verladen. Die Ernte der Zwetschgen fiel der Karlsruher Ztg. zufolge ungemein ergiebig aus. Nicht minder lieferten die Nüsse einen ziemlich befriedigenden Ertrag.

Gemeindezeitung.

Eberbach, 5. Okt. Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurde Herr Bürgermeister Dr. Weiß mit 68 von 80 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 6. Oktober.

Bildungsbestrebungen.

Der Arbeiterbildungsausschuß zu Frankfurt a. M. beginnt seine Tätigkeit in diesem Winter mit der Veranstaltung einer Rezitation. Frau Regina Ruben-Berlin wird das mehrfach von Aufführungsverboten betroffene Revolutionsdrama „Am Vorabend" von Leopold Kampf vorlesen.

An literarischen Abenden werden veranstaltet: ein Ibsen-Abend, ein Zola-Abend, ein Dostojewski-Abend und ein Bernard Shaw-Abend. Im Dezember wird ein humoristisch-satirischer Abend veranstaltet werden und im Februar soll der Stimmung dieses Monats angepaßt ein Schelmenabend die feineren Lachmuskeln in Bewegung setzen.

*

Lehrplan der Berliner Arbeiterbildungsschule
für das 4. Quartal 1906.

Montag: Geschichte
(Max Maurenbrecher). Die große französische Revolution (1789—1799). 1. Weltgeschichtliche Bedeutung der französischen Revolution. 2. Soziale und geistige Entwicklung Frankreichs im achtzehnten Jahrhundert. 3. Ausbruch der Revolution. 4. Taktik der Krone, der Gemäßigten und der Radikalen. 5. Verlauf der Revolution bis zum Konsulat Napoleons. 6. Vergleich der französischen mit der heutigen russischen Revolution.

Dienstag: Soziale Gesetzgebung
(Simon Katzenstein). Deutsches Arbeiterrecht, 1. Teil. Das Recht des gewerblichen Arbeitsvertrages. 1. Geschichtliche Entwicklung und soziale Bedeutung des A.-V. Rechtsgrundsätze. „Freiheit und Gleichheit." 2. Rechtlicher Charakter des A.-V. Das gewerbliche Arbeitsverhältnis. Dienst- und Werkvertrag. Gruppenakkord. Hausindustrie. 3. Voraussetzungen des A.-V. Minderjährige und Ehefrauen. Abschluß und Auflösung. Rechtsfolgen des Vertragsbruches. 4. Der Arbeitslohn. Lohnhöhe. Lohn ohne Arbeit. — Die Lohnsysteme: Natural- und Geldlohn, Zeit- und Stücklohn, Prämien, Gewinnbeteiligung, Gratifikation, Trinkgeld. Vorrecht des Lohnanspruches. Vorschriften über Lohnzahlung, Trucksystem, Verwirkung, Einbehaltung, Aufrechnung, Beschlagnahme des Lohnes. 5. Arbeiterschutz und Arbeitsvertrag. Schutzbestimmungen und Schutzhemmnisse im Gesetz. 6. Der A.-V. in der Großindustrie. Die Arbeitsordnung. Arbeiterausschüsse. Die konstitutionelle Fabrik. 7. Der Arbeitsvertrag im Kleingewerbe. Innungswesen. Der Lehrvertrag. 8. Das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis. Produktiv- und Konsumgenossenschaften. 9. Der kollektive A.-V. 10. Die Rechtsstellung der Gewerkschaften. 11. Die Rechtsverfolgung. Gewerbegerichte und Schiedsgerichte. 12. Fortbildung des A.-V. durch Organisation und Gesetz. Ueberwindung des Lohnsystems.

Mittwoch: Natur-Erkenntnis
(M. H. Baege). Die Abstammungslehre und die Lehre Darwins. 1. Der Grundgedanke der Abstammungslehre (Deszendenztheorie). 2. Die Darwinsche Zuchtwahllehre (Selektionstheorie) und ihre Bedeutung für die Abstammungslehre. 3. Natürliche Zuchtwahl (Gesetz der übermäßigen Vermehrung, Kampf ums Dasein, Anpassungen). 4. Die geschlechtliche Zuchtwahl (Verschiedenheit der Geschlechter; sekundäre Geschlechtscharaktere; Schmuckfarben, Bewerbungskünste, Waffen und Kämpfe der Männchen). 5. Die Bedeutung der vergleichenden Anatomie für die Abstammungslehre, Rückbildung und rudimentäre Organe. 6. Die physiologischen Beweise für die Abstammungslehre. 7. Die Bedeutung der Keimesgeschichte (Embryologie) für die Abstammungslehre. 8. Die paläontologische Urkunde (Bedeutung der Versteinerungen). 9. Die Beweise für die Abstammungslehre aus der geographischen Verbreitung der Tiere. 10. Der Stammbaum der Tiere.

Donnerstag: Rednerschule
(Julian Borchardt). Uebung im Ausarbeiten und Halten von Vorträgen unter Zugrundelegung der Reden und Schriften hervorragender Redner.

Freitag: Nationalökonomie
(Max Grunwald). Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie. 1. Nationalökonomie als selbstständige Wissenschaft. Ihre Einteilung und ihr Objekt. 2. Entwickelung zur kapitalistischen Weltwirtschaft. 3. Ware. — Wert. — Geld. — Preis. — Kapital — Mehrwert. — Arbeitskraft. — Arbeitslohn. 4. Die Entwicklungstendenz der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Samstag: Literaturgeschichte
(Heinrich Ströbel). Die deutsche Dichtung im Zeitalter Goethes. 1. Wieland — Herder — Lessing. 2. Der Sturm und Drang. 3. Der Göttinger Hainbund. 4. Goethe als Lyriker, Prosaiker und Dramatiker. 5. Das Problem des Faust und Goethes Weltanschauung. 6. Schiller, seine Kunsttheorie und seine Werke.

Montag: Fortschrittskursus in Nationalökonomie
(Julian Borchardt). Gemeinsame Lektüre eines grundlegenden nationalökonomischen Werkes und selbständige Ausarbeitungen darüber unter Anleitung des Lehrers.

*

Das Gewerkschaftskartell Neumünster in Holstein
veranstaltet in diesem Quartal einen populär-naturwissenschaftlichen Vortragszyklus mit Lichtbildermonstrationen von 6 Abenden über das Thema: „Natürliche Schöpfungsgeschichte oder allgemeine Entwicklungsgeschichte des Naturganzen." Vortragender ist Genosse M. H. Baege aus Friedrichshagen. An dem Zyklus, der am 21. September schon begonnen hat, nehmen 600 Zuhörer teil.

Die Zustände auf der Albtalbahn

erfahren wieder eine drastische Illustrierung durch eine Einsendung, welche die Landesztg. veröffentlicht. Es heißt u. a.:

„Bestand da beim Straßenübergang zwischen Elektrizitätswerk und Station Rüppurr schon ein gutes Vierteljahr lang — vielleicht jetzt noch, wenn inzwischen nicht gemacht, jedenfalls aber noch in letzter Woche — ein regelrechter Schienenbruch. Die zerbrochene Schiene konnte mangels an passendem Ersatzmaterial nicht sofort ausgewechselt werden. Vor etwa fünf Wochen wurde aber die neue Schiene angeliefert und neben die zerbrochene gelegt. Unterdessen ließ die Albtalbahn den Riesenverkehr der Jubiläumstage fortwährend über die defekte Stelle fahren und dabei setzte es noch einen zweiten Schienenbruch ab, also eine weitere Gefahr für Passagiere und Personal. Man bedenke wohl, daß bei der Staatsbahn nach Konstatierung eines Schienenbruchs sicher kein Personenzug mehr über jene Stelle geleitet würde.

Dieser Tatsache ebenbürtig ist auch die andere, daß der schwache Oberbau seit 9 Jahren auf den im Boden allmählich zermürbten und faulenden Schwellen ruht. Täglich werden Fälle konstatiert, daß die schweren Eisennägel, welche zur Befestigung der Schienen dienen sollen, sich durch den Verkehr herausschieben und so eine weitere Verkehrsgefährdung bilden. Bei allen diesen Zeichen, daß das Bahnmaterial von Tag zu Tag schlechter, unzuverlässiger und für einen Residenzverkehr unwürdiger wird, geschieht nichts zur Besserung. Darum tun wir unsere Pflicht, darauf hinzuweisen und schließen mit der Frage: „Wer übernimmt die Verantwortung für Menschenleben, wenn über kurz oder lang eine Unglücksfahrt erfolgt und eine Entgleisung mit all ihren Schrecken eintritt? Ist es der Bahnverwaltung wirklich möglich, diesen Zuständen ruhig zuzusehen?"

Wie heißt doch das bekannte Sprichwort: Der Brunnen wird schon zugedeckt, wenn . . .

Die Variétés.

* **Apollo-Theater.** Die Direktion hat wieder für die erste Hälfte des Oktober ein ganz brillantes Programm aufgestellt, welches aus nur erstklassigen Künstlern besteht. Die erste Programm-Nummer ist der Vortrags-Soubrette Emmy Krauß zugeteilt, die durch inhaltsreiche Vorträge zu gefallen versteht. Ebenfalls gefallen die Spring-Clowns The Willis sehr gut. Lotti und Trudi, Trapezkünstlerinnen, ernten für ihre graziösen Leistungen einen wohlverdienten Applaus. Die Konzertsängerin Nelly Nelson, die das seriöse Genre vertritt und in der Höhe einen recht klangvollen ansprechenden Ton entwickelt, ist eine distinguierte Sängerin, die sich hören lassen kann. Paul Günther, Humorist, hatte einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen und wurde mit einem nicht enden wollenden Beifall belohnt. Das Loro-Quartett, eine Nummer, welche ohne jede Konkurrenz dasteht und welch ähnliche noch nie in Karlsruhe gesehen worden ist, rief durch seine musikalischen Leistungen auf seinen eigenartigen Instrumenten und durch seine drastische Komik wahre Lachsalven beim Publikum hervor. Die Grandi-Truppe leistet ebenfalls ganz vorzügliches an den Reifen und wurde wiederholt zuzugeben hervorgerufen. Die Mochaschly-Truppe mit ihrer urkomischen Pantomime Ein fideles Gefängnis, wobei das Publikum von Anfang bis zu Ende nicht aus dem Lachen herauskommt, gefällt ebenfalls ausgezeichnet. Starckers American Bio Tableaux brachte wieder eine Reihe neuer, schöner Bilder. Kurz in allem bietet das jetzige Programm wieder eine solche Fülle von Sehenswertem und Würdigem, daß es den Besuchern den Abend zu einem höchst amüsanten zu gestalten vermag.

*

* **Kolosseum.** Einige recht hübsche Nummern bietet das neue Programm den Besuchern. Vor allen ist es Lili Tiso, die englische Sängerin und Tänzerin, welche durch ihre hübsche Stimme und ihre mit Eleganz ausgeführten Tänze das Haus zu stürmischem Beifall herausfordert. Ihr reiht sich würdig an Moritz Henden, der Komiker im wahrsten Sinne des Wortes mit seinem durchweg selbstverfaßten Repertoir. Er amüsiert das Publikum im höchsten Grade und erntet dafür auch den verdienten Beifall. Ausgezeichnetes leistet auch der Mimiker Charles Räuschle in der Kopierung bekannter und politisch berühmter Persönlichkeiten, die er täuschender Aehnlichkeit wiedergibt. Auch die Soubrette Luise Dumont, sowie Emmy Stahl, genannt der nette liche Bariton, finden Anerkennung. Der Trampolin-Kombinationsakt von Clothilde und Berkram, sowie der sensationelle Luftakt von Anetta und Era sind Leistungen, welche mit zu den besten auf diesem Gebiete gezählt werden müssen. Broth Darnett und Miß Sylvia fesseln als akrobatische Knockabouts dafür, daß sich die Zwerchmuskeln des Publikums unbedingt in Bewegung setzen müssen. Zum Schluß bringt der American Bioscope einige gut gelungene Aufnahmen.

* **Kunstausstellung.** Die Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe währt noch bis Ende Oktober; dieselbe ist täglich geöffnet (auch an Sonn- und Feiertagen) von morgens 9 bis abends 6 Uhr. Die Begünstigung der freien Rückfahrt bei Lösung einer einfachen Fahrkarte besteht während der ganzen Dauer der Ausstellung. Es muß die Fahrkarte an der Abgangsstation — Sammelkarte — gelöst sein, in der Ausstellung abgestempelt und innerhalb 3 Tagen die Rückfahrt angetreten werden. Für Schnellzüge ist Zuschlag erforderlich.

Obige Begünstigung bewilligen außer den bisher angeführten Bahnen als: badische Staats-, Lokal- und Nebenbahnen, Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, Main-Neckarbahn, pfälzische Bahnen und bayerische Staatsbahnen, neuerdings nun auch die Generaldirektion der württembergischen Staatsbahnen.

* **Gewerbeverein Karlsruhe e. V.** Mit der am Mittwoch, den 10. Oktober, in den Saal III Schwarzwaldhalle einberufenen Monatsversammlung beginnt der Gewerbeverein seine diesjährige Wintertätigkeit. Als 1. Punkt steht auf der Tagesordnung Die Preisverteilung für im Frühjahr gefertigten Lehrlingsarbeiten an Lehrlingen der Gewerbevereinsmitglieder, wozu die Lehrlinge mit ihren Meistern und Familienangehörigen eingeladen sind. Hierauf findet eine Besprechung über das Submissionswesen statt. Der Gewerbeverein hofft, durch eine

handlung dieser Frage in den beteiligten Kreisen Aufklärung zu verbreiten und ladet alle Interessenten höflichst dazu ein.

* **Anti-Alkohol-Ausstellung.** Die im Ständehaus eingerichtete Ausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus erfreut sich eines überaus starken Besuches. Angesichts des großen Interesses, das sich kundgibt, hat der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke sich entschlossen, die Ausstellung bis zum 28. Oktober zu verlängern, sie ist an Werktagen von 11 bis 1 Uhr mittags und von 6 bis 9 Uhr abends, an Sonntagen von 9 bis 4 Uhr bei freiem Eintritt allgemein geöffnet; während der übrigen Tagesstunden finden unentgeltlich Führungen von Schulen, Vereinen und Militär statt.

* **Dem Gr. Bezirksamt** werden unbeanstandet vorgelegt: 2 Gesuche um Aufnahme in den bad. Staatsverband sowie die Gesuche des Wirts Albert Streibig in Straßburg i. E. um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft zum König von Preußen, Adlerstraße 34, des Metzgers und Wirts Franz Eisele in Affenthal um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft zum König von Württemberg, Zähringerstraße 53, des Wirts Anton Hutter, zurzeit in Heilbronn, um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zur Morgenröte, Augartenstraße 85, des Metzgers Friedrich Weireter hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum Kühlen Grund, Winterstraße 37.

Einen kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes, Sitz Frankfurt a. M. Interessenten an allen Orten Deutschlands erhalten den brieflichen Unterricht nach genauer Anleitung, schriftlich und kostenfreier Durchsicht ihrer Arbeit durch geprüfte Lehrer. Weitere Kosten als für Porto und Materialien erwachsen den Teilnehmern nicht. Anfragen sind unter Beifügung des üblichen Portos an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse Nr. 35, zu richten. — (Bitte ausschneiden, aufheben und unter Bekannten weitergeben.)

* **Verhaftet** wurden: 1. ein 30 Jahre alter Schriftsetzer aus Brod, der sich als Journalist unter falschem Namen in einem hiesigen Gasthaus einlogierte, am nächsten Morgen drei Uebernachtenden ihre Schuhe stahl und veräußerte, ferner verschiedene Toilettengegenstände entwendete und in einem Fahrradgeschäft sich ein Fahrrad erschwindelte; 2. ein lediger Hausbursche aus Ebnet, weil er 10 Mk., die er einem Verwalter abliefern sollte, in seinem Nutzen verwendete; 3. ein 26 Jahre alter Hausbursche aus Berlin, der 5 Tage bei einer hiesigen Firma in Stellung war, sich Rechnungsformulare verschaffte, darauf gefälschte und quittierte Rechnungen ausstellte und damit bei der Kundschaft, welcher er Waren zustellte, die Beträge hierfür einzuziehen suchte (bei einem Kunden ist es ihm gelungen, 37 Mk. zu erhalten, während ein anderer, bei dem er 102 Mk. einziehen wollte, seine Festnahme veranlaßte); 4. ein 17 Jahre alter Schusterjunge, weil er seinem Arbeitgeber mittelst Nachschlüssel 40 Mk. stahl; 5. ein lediger Stuckateur aus Dortmund, welcher von der Staatsanwaltschaft Bremen wegen Diebstahls; 6. ein Klempner aus Elberfeld, der vom Amtsgericht Bochum wegen des gleichen Vergehens; 7. eine 30 Jahre alte Kellnerin aus Niederkirch, die von der Staatsanwaltschaft hier wegen Betrugs und Diebstahls und 8. eine Frau von hier, die von der Staatsanwaltschaft Bremen wegen Diebstahls verfolgt wird.

* **Kleine Nachrichten.** Am 29. v. M. stahl ein 14 Jahre alter Knabe in einem Warenhaus einer Dame ihr Portemonnaie mit 18 Mk. Inhalt aus der Tasche.

In der Nacht zum 28. v. M. wurde auf dem Platze der Landwirtschaftlichen Ausstellung eine Kiste mit 30 Flaschen Weißwein „Horrenbacher 1904" im Werte von 35 Mk. gestohlen.

In einem Automaten-Restaurant kam einem Studierenden sein Portemonnaie mit 20 Mk. abhanden.

Bei einem Umzuge stahl ein Taglöhner aus Nordrach 360 Mk. und ging damit flüchtig.

In der Nacht zum 30. v. M. wurden in einem hiesigen Café ein rotbrauner Spazierstock mit Silbergriff im Werte von 24 Mk. und ein graubrauner Ueberzieher im Werte von 65 Mk. gestohlen.

In der Nacht zum 3. d. M. wurden in der Weststadt zwei Bauhütten erbrochen und daraus Kleidungsstücke, Werkzeug und Lebensmittel entwendet.

* **Spielplan des großherzoglichen Hoftheaters.** Samstag, 6. Okt. Statt Die deutschen Kleinstädter: **Die Zwillingsschwester,** Lustspiel in 4 Akten von Ludwig Fulda. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Sonntag, 7. Okt. Statt Bajazzo und Cavalleria: **Hoffmanns Erzählungen,** phantastische Oper in 3 Akten, einem Vor- und Nachspiel, Musik von Offenbach. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Montag, 8. Okt. **Stein unter Steinen,** Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Zwei Prozesse.

Stadtrat contra Volksfreund.

Es war gestern nicht das erstemal, daß der Karlsruher Stadtrat den Volksfreund vor den Kadi zitierte und auch nicht das erstemal, daß der Volksfreund wegen formeller Beleidigung des Karlsruher Stadtrats verurteilt wurde. Gestern hatte der Stadtrat die Genugtuung, daß der Volksfreund mit der hohen Strafe von **300 Mark** bedacht wurde. Die Strafe ist hart, aber moralischen Schaden wird sie weder dem Volksfreund, noch der sozialdemokratischen Partei, noch den Gewerkschaften bringen, ganz im Gegenteil. In der Sache selbst — das ist unsere Auffassung — hat der Volksfreund trotz der entgegengesetzten Auffassung des Gerichtshofes Recht behalten. Der Volksfreund hatte behauptet, daß dem Gewerkschaftskartell gegenüber der Stadtrat Maßnahmen treffe, die er sonst nicht zur Anwendung bringe. Die Form, in welcher der Vorwurf erhoben war, scheidet bei Beurteilung des Sachverhalts an sich zunächst aus. In der Form mag der Volksfreund immerhin zu weit gegangen sein, in der Sache war er u. E. durchaus im Recht. Wie liegen denn die Dinge?

Das Gewerkschaftskartell ist der weitaus größte Verein in Karlsruhe, ihm gehören zurzeit rund 8000 Mitglieder an. Diesem Verein wurde 1901 bis 1903 der Stadtgarten zur Abhaltung von Sommernachtsfesten unentgeltlich, wie anderen Vereinen auch, zur Verfügung gestellt. Die Feste waren, wie sich das bei der großen Zahl der Mitglieder von selbst versteht, massenhaft besucht. Daß bei einem solchen Menschenandrange nicht alles ganz glatt verläuft, daß einige Beschädigungen vorgekommen sind, ist gewiß nicht verwunderlich. Aber anstatt — wie das durch den Vertrag möglich gewesen wäre — das Gewerkschaftskartell dafür verantwortlich zu machen, greift man zu dem Mittel der **Reduktion der Zahl der Besucher** bei den Festen des **Gewerkschaftskartells.**

Wollte man dieses Vorgehen **sachlich** begründen, so müßte man die Reduktion der Besucherzahl auf eine bestimmte Grenze **ganz allgemein,** also auch für die von der **Stadt** veranstalteten Festlichkeiten durchführen. Denn — entweder ist die Maßnahme sachlich durch die Rücksicht auf die gärtnerischen Anlagen begründet — und dann kann es keine Ausnahmen geben, oder sie ist nicht sachlich begründet, dann darf man auch dem Gewerkschaftskartell gegenüber keine Beschränkung auferlegen. Wenn bei einem Jubiläums- oder Johannisfest die Besucherzahl **absolut unbeschränkt** sein darf, warum dann nicht auch bei den Festen des Gewerkschaftskartells mit seinen Tausenden von Mitgliedern? zumal man ja das Gewerkschaftskartell für etwaigen Schaden jederzeit haftbar machen konnte.

Der Einwand, daß gegen die anderen Vereine die gleiche Bestimmung zur Anwendung komme, ist **praktisch hinfällig,** denn kein Karlsruher Verein hat auch nur annähernd eine so große Mitgliederzahl, wie das Gewerkschaftskartell. Der Stadtgarten war schon oft von 6000 und mehr Menschen besucht, ohne daß man eine Beschränkung der Besucherzahl für notwendig erachtete. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß auch bei den Gewerkschaftsfesten so viel Personen als der Stadtgarten faßt, in denselben hineindürfen, nur dürfen sich nicht mehr als 4000 als Mitglieder oder Angehörige des Gewerkschaftskartells legitimieren. De facto richtet sich also die Beschränkung nicht gegen die Besucherzahl an sich, sondern nur gegen die Mitglieder des Vereins, der ein Fest arrangiert. Eine solche Maßnahme kann logischerweise sachlich gar nicht begründet sein, denn sobald die Mitglieder des Gewerkschaftskartells ihre Karten anstatt beim Kartell an der **Stadtgartenkasse** lösen, können sie in beliebiger Zahl in den Stadtgarten hinein. Darin erblicken wir nach wie vor eine Ungerechtigkeit, die weder logisch noch sachlich sich irgendwie begründen läßt. Dasselbe trifft auf die Bestimmung zu, daß die Kinderwagen bei den Gewerkschaftsfesten — und nur bei diesen, was ausdrücklich festgestellt sei — nicht mit in den Stadtgarten genommen werden dürfen, aber auch nur dann, wenn die Eintrittskarten vom **Gewerkschaftskartell** gelöst werden. Kauft der Gewerkschaftler beim Sommernachtsfest seine Karte an der **Stadtgartenkasse** — das hat Herr Dr. Weill, der Verteidiger des Stadtrats, **ausdrücklich festgestellt** —, dann darf er auch **mit** dem Kinderwagen in den Stadtgarten. Und das soll eine auf sachlichen Erwägungen beruhende Vorschrift sein. Nein, da hat sich der Gerichtshof doch sehr geirrt. Wäre die Vorschrift sachlich berechtigt, dann müßte sie **unbedingt** und **allgemein** gelten, denn die Kinderwagen werden doch für die gärtnerischen Anlagen dadurch nicht ungefährlicher, daß der Besitzer derselben seine Eintrittskarte am Schalter der Stadtgartenkasse löst. Die sachliche Begründung des Urteils ist uns darum ebenso unverständlich, wie die Vorschriften des Stadtrats, die logisch einfach nicht zu begründen sind.

Wie man gegenüber den Arbeitern denkt und fühlt, das hat Herr Dr. Weill dadurch kundgegeben, daß er in einem Zwischenruf sagte, die Arbeiterfrauen, die Kinder haben, **sollen einfach zu Hause bleiben.** Was geht denn das den Karlsruher Stadtrat an, ob die Arbeiterfrauen ihre Kinder mit zu einem Fest nehmen oder nicht? Kontrolliert man denn die Feste der Bourgeoisie auch nach dieser Richtung und macht man da eben solche Vorschriften? Von sozialem Gefühl gegenüber den Arbeitern war in dem Zwischenruf des Herrn Dr. Weill keine Rede, im Gegenteil.

Der Prozeß bot auch sonst noch manches interessante Moment. So glaubte Herr Dr. Weill feststellen zu müssen, daß solche Artikel nicht dazu beitragen, daß man der **Sozialdemokratie** endlich eine **Vertretung im Stadtrat** gewähre. Ergo mutet man uns zu, eine Vertretung im Stadtrat uns auf **Wohlgefallen** seitens der durch das schreiend ungerechte Dreiklassenwahlrecht dominierenden bürgerlichen Mehrheit zu erwerben zu suchen. Wir lehnen eine solche Zumutung **mit Protest** ab. Worauf wir ein Recht haben wie jede andere Partei, das brauchen wir uns nicht durch Wohlgefallen zu erwerben.

Die Vermietung des Stadtgartens an das Gewerkschaftskartell ist auch kein Geschenk seitens des Stadtrats, wie Herr Dr. Weill meinte. Wem gehört denn der Stadtgarten? Etwa der durch das Dreiklassenwahlrecht künstlich geschaffenen Rathausmehrheit? Gewiß mit nichten. Herr Dr. Weill stützt sich darauf, daß die Arbeiter **nicht so viel Umlagen zahlen;** das sagt Herr Dr. Weill, der Führer der freisinnigen Partei, die das Dreiklassenwahlrecht prinzipiell verwirft! Doch das nur nebenbei. Wir wissen nicht, ob Herr Dr. Weill Aktionär irgendwelcher Aktiengesellschaften ist. Angenommen, er wäre es, und er würde, wie so viele Aktionäre, Zehntausende von Mark jährlich an Dividende beziehen. Wäre das ein Grund, daß Herr Dr. Weill mehr politische Rechte zu beanspruchen hätte, als die Arbeiter, welche durch ihre Arbeit erst die Dividenden verdienen — denn die Aktionäre spielen im Produktionsprozeß nur die Rolle der Drohnen. Was können denn die Arbeiter dafür, daß sie so schlecht entlohnt werden, damit das Kapital bezw. die Kapitalisten zu hohen Dividenden kommen? Und wer zahlt denn die Umlagen vom Häuserkapital? Etwa die Hausbesitzer oder nicht vielmehr die Mieter, also auch die Arbeiter. Tatsächlich zahlen also die breiten Massen, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt den **größten Teil aller Umlagen.** Daß man durch eine ungerechte Klassengesetzgebung die Arbeiter politisch entrechtet, obwohl sie de facto viel mehr Umlagen bezahlen, als die Kapitalisten, welche die Umlagen und Steuern **abwälzen** oder auf die **Produktionskosten schlagen,** ist doch kein Moment, das für die Maßnahme des Karlsruher Stadtrats als Entschuldigung dienen kann.

Ist es vielleicht auch eine durch **sachliche** und **gerechte** Gründe gerechtfertigte Maßnahme, daß man den sozialdemokratischen Arbeitervereinen nur deshalb den Festhallesaal nicht — wie anderen Vereinen — zu ermäßigtem Preise abgibt, weil sie sich nicht dazu bequemen, eine **politische Heuchelei** zu begehen? Wird denn beim Umlagezahlen auch die politische Gesinnung in Rechnung gezogen? Nein, dort sind auch die Sozialdemokraten „gleichberechtigt" mit den „patriotisch" gesinnten Umlagezahlern. Nur wenn sie die aus Umlagen gebaute und unterhaltene Festhalle mieten wollen, macht man einen Unterschied zwischen ihnen und den Vereinen, die bei den sogenannten patriotischen Veranstaltungen mitwirken, wenn auch oft nur dem Namen nach, denn das genügt schon, um an dem Vorteil der geringeren Miete zu partizipieren.

Der Volksfreund muß also wieder einmal Strafe bezahlen, **300 Mark.** Das ist viel für ein Arbeiterblatt, das für die absolute Gleichberechtigung der Arbeiter kämpft. Aber wir gehen an dieser Strafe nicht zu Grunde. Diese Strafe, die — abgesehen von der Höhe — formell durch die bestehenden Gesetze vielleicht gerechtfertigt sein mag, wird trotzdem **gute Früchte** tragen. Das Gefühl, daß die Arbeiter vom Karlsruher Stadtrat nicht gerecht behandelt wurden, konnte durch die gestrige Verhandlung nicht beseitigt, sondern nur bestärkt werden. Denn sachlich gerechtfertigte Maßnahmen dürfen nicht dadurch als nichtbestehend angesehen werden, daß man seine Eintrittskarte anstatt beim Gewerkschaftskartell, bei der Stadtgartenkasse löst. Entweder — oder. Bestehen triftige sachliche Gründe für solche Maßnahmen, wie sie für den beschränkten Kartenverkauf dem Gewerkschaftskartell gegenüber Vorschrift sind, dann müssen sie logischerweise auch für die **Stadtverwaltung selbst** ebenso maßgebend sein. Wenn keine Gefahr für die Anlagen **unseres,** d. h. des Karlsruher Stadtgartens besteht, falls 6, 7 oder 8000 Karten an der **Stadtgartenkasse** gekauft werden, dann auch nicht, wenn sie vom Gewerkschaftskartell verkauft werden. Und wenn die Kinderwagen keinen Anstoß erregen, wenn die Besitzer ihre Karten beim Stadtgartenkassier kaufen, so kann logischerweise ein Verbot des Mitnehmens von Kinderwagen nicht als sachlich begründet angesehen werden, wenn der Besitzer eines Kinderwagens seine Eintrittskarte bei dem **Gewerkschaftskartell** kauft.

Falls der Stadtrat, der Drohung des Herrn Dr. Weill folgend, dem Gewerkschaftskartell die 300 Mk. Zuschuß zu den Unterrichtskursen entziehen will, mag er es tun. Auch diese Maßnahme würde weder den Gewerkschaften noch der sozialdemokratischen Partei den mindesten Schaden zufügen.

Item, wir sind verurteilt, aber wir fühlen uns sachlich nach wie vor im Recht gegenüber dem Stadtrat. Die Quittung für das obsiegende Urteil des Stadtrats in der gestrigen Verhandlung wird die **Karlsruher Arbeiterschaft** bei den nächsten Wahlen ausstellen, dessen darf der Stadtrat heute schon sicher sein.

Auf Einzelheiten, die Zeugenaussagen 2c. werden wir vielleicht noch zurückkommen.

*

Die politische Hinrichtung des Herrn Pfarrer Müßle

erfolgte in der zweiten Verhandlung, die gestern Nachmittag vor dem Schöffengericht Karlsruhe gegen den Genossen Weißmann stattfand. Ja, es war eine Hinrichtung politischer und moralischer Art, die durch die Zeugenaussagen an Herrn Pfarrverweser Müßle vorgenommen wurde. Noch niemals, so lange Herr Müßle in der politischen Agitation steht, dürfte der einst so streitbare Kaplan und jetzige Pfarrverweser in so eklatanter Weise der politischen Unanständigkeit überführt worden sein, wie gestern an Gerichtsstelle. Dieses Beweismaterial war so erdrückend, daß der Gerichtshof zu einem

Freispruch

kam. Herr Müßle hat auch die sämtlichen Kosten der Verhandlung zu tragen.

Die Angelegenheit, die den Gegenstand der Klage bildete, ist unseren Lesern bekannt. In einer kleinen Notiz aus Ersingen vom 18. August, die sich mit dem Ergebnis der letzten Bürgerausschußwahlen beschäftigte, heißt es am Schlusse:

> Soweit hat es Pfarrer Müßle mit seiner Agitation gebracht, daß in Ersingen bald kein Mensch mehr etwas von ihm wissen will. Dies ist ihm schon so auf die Nerven gefallen, daß er sich am Sonntag nach der Wahl in der Kirche bitter darüber beklagte, er sei bisher überall von Sozialdemokraten wenigstens noch gegrüßt worden, nur in Ersingen sei dies nicht der Fall. Herr Müßle hat sich dieses Verhalten der Ersinger Genossen selbst zuzuschreiben. Anständige Menschen werden von diesen stets auch so behandelt, wie es die Höflichkeit erfordert.

Diese kurzen sachlichen Bemerkungen haben Herrn Müßle gekränkt und er stellte Strafantrag. Gen. Weißmann gab bei Beginn der Verhandlung seinem Erstaunen Ausdruck, daß Herr Müßle gerade diese harmlose Notiz sich zum Gegenstand der Klage erkoren; der Volksfreund habe doch schon viel schärferes Geschütz gegen Herrn Pfarrer Müßle aufgefahren. Ein angeregter Vergleich wurde von Weißmann mit Rücksicht auf die Person des Klägers und sein Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei abgelehnt.

Es erfolgte die Beweisaufnahme, die mit der Vernehmung des Land- und Reichstagsabgeordneten **Emil Eichhorn** begann. Der Zeuge schilderte sein erstes Zusammentreffen mit Müßle in einer Wahlversammlung in Malsch, wobei Müßle, nachdem er in der Diskussion anderthalb Stunden gesprochen, den Saal mit seinen Anhängern ostentativ verlassen habe. Das habe er (Eichhorn) als **unfein und unschön empfunden.** In einer zweiten, vom Zentrum einberufenen Versammlung habe Herr Müßle ihn (Eichhorn) **einen Simpel genannt.** An diese Versammlungen hätten sich noch Preßerörterungen geknüpft, die Herrn Müßle **als wenig noblen Gegner** zeigten. Herr Pfarrer Dorpat, der Vorgesetzte des Herrn Müßle, habe übrigens auf briefliche Anfrage dem Zeugen **bestätigt,** daß der **Ausdruck Simpel** unter Bezugnahme auf Eichhorn **gefallen sei.** Auch sonst seien ihm (Eichhorn) von seinen Parteigenossen viele Beispiele über die **skrupellose Agitation Müßles** angegeben worden. **Diese Agitation stehe einzig da und wurde von allen anständigen Politikern gemißbilligt.** Er, Zeuge, habe auch gehört, daß der frühere Redakteur des Bad. Landsmann, der jetzige Bürgermeister Häfner in Ettlingen, **Artikel** des Herrn Müßle **wegen ihrer rüden Angriffe auf die Sozialdemokratie zurückgewiesen habe. Herrn Müßle war jedes Mittel recht.**

Der nachfolgende Zeuge **Fr. Stockinger,** Kassenbeamter in Pforzheim, machte Mitteilung von einer Diskussion in einer Wahlversammlung im Herbste des vorigen Jahres. Der jetzige Gauleiter des Metallarbeiterverbandes in München, Herr Maier, früher in Pforzheim, sei Herrn Müßle im Auftrage der sozialdemokratischen Partei in Neuhausen entgegengetreten. In seiner Erwiderung habe dann Müßle den Maier einen **dummen Schuljungen genannt,** obwohl Maier 32 Jahre alt sei. Er (Stockinger) habe es **als skandalös empfunden,** wie Herr Müßle in dieser Versammlung aufgetreten sei. Auf der Heimfahrt habe er sein Urteil über die Müßlesche Kampfesweise dahin zusammengefaßt, **daß sie auf sehr niedrigem Niveau** stehe. Die Ersinger Sozialdemokraten hätten ihm gesagt, der Pfarrverweser **vergifte das ganze politische Leben** durch seine persönliche Kampfesweise.

Ratschreiber **Reiling** von Ersingen gibt Kunde von einer Versammlung der Zentrumsanhänger, in welcher Herr Müßle mit Bezug auf Reilings Person gesagt: **Wer dem Gemeinderat Reiling seine Stimme gibt, ist ein Simpel.** Herr Müßle habe in sehr vielen Predigten sich mit der Sozialdemokratie beschäftigt. Er habe es sich selbst zuzuschreiben, wenn er nicht mehr gegrüßt werde. **Der frühere Pfarrer sei anstandslos gegrüßt worden.** Sogar im Religionsunterricht bemerkte man das Müßlesche Auftreten. Es hieße unter den Ersinger Schulkindern: Dein Vater ist schwarz, deiner rot 2c. —

— — — — — — — — — —

Diese wuchtigen Zeugenaussagen, die wir noch ergänzen werden, weil uns heute Zeit und Raum fehlt, waren durchschlagend. Ihrem Eindruck konnte sich niemand entziehen. Herr Müßle versuchte zwar, sich zu rechtfertigen, aber ohne Erfolg. Herr Dr. Strauß, der Verteidiger Weißmanns, faßte recht wirksam die Ergebnisse der Zeugenaussage zusammen und beantragte **Freisprechung,** die denn auch erfolgte.

*

Mit der Klageabweisung Müßles ist der demagogischen Agitation der Zentrumspresse ein gehöriger Schlag versetzt worden. Die Fröhlich und Genossen, die Nachahmer Müßles, mögen den 5. Oktober im Kalender — schwarz anstreichen!

*

Der dritte Prozeß — Pfarrer Pfister in Schwenningen gegen Weißmann — wurde vertagt.

Die Verhandlungen währten von 3 Uhr nachmittags bis gegen halb 9 Uhr abends.

Aus dem Reiche.

Berlin, 5. Okt. Ein folgenschwerer Zusammenstoß eines Heuwagens mit einem Eisenbahnzuge fand auf der Berlin-Kremmener Chaussee in der Nähe des Dorfes Marwitz statt. Ein von Berlin kommender Heuwagen, der von dem Kutscher Dinse geführt wurde, passierte die Kreuzung der Nauen-Veltener Bahn, als auf dieser ein gemischter Zug herannahte. Der Lokomotivführer erkannte die drohende Gefahr, gab sofort Gegendampf, konnte aber trotzdem den Zusammenstoß nicht verhindern, wenn auch der Anprall wesentlich abgeschwächt wurde. Das Vordergestell des Wagens wurde von der Maschine erfaßt und die Pferde in den Chausseegraben geschleudert, wobei eines der Tiere getötet wurde. Auch der Wagenführer stürzte zu Boden, blieb dort ruhig liegen und schlief. Er schlief so fest, daß es dem Bahnpersonal erst nach längerem Bemühen gelang, Dinse wach zu rütteln. Wie dieser angab, sei er infolge unerhört langen Dienstes übermüdet gewesen. Er sei seit dreißig Stunden kaum vom Bock heruntergekommen und nun, auf der Heimfahrt begriffen, eingeschlafen.

Letzte Post.

Von der Bergarbeiter-Bewegung.

Essen, 6. Okt. In einer gestern abgehaltenen Sitzung der Siebenerkommission wurden die Vertreter der 5 Bergarbeiterverbände dahin einig, eine Lohnerhöhung von 15 Proz. für alle deutschen Bergbauvereine zu fordern. Die Forderung wird gemeinsam durch die Verbände an die Organisationen der Bergwerksbesitzer und an die einzelnen Grubendirektionen gerichtet. Den einzelnen Verbänden wurde es überlassen, die Arbeiterausschüsse zur Unterstützung der Forderungen zu bewegen.

Swansea, 5. Okt. Der Bergarbeiterverband erhielt einen Brief von dem deutschen Bergarbeiterverband, in welchem die Möglichkeit des Ausstandes in Deutschland wegen Lohnfragen erwähnt und angefragt wird, ob im Falle, daß ein solcher Ausstand eintreten sollte, die englischen Bergleute ihren deutschen Kameraden durch Verhinderung einer gesteigerten Ausfuhr **englischer Kohle** nach Deutschland zu Hilfe kommen würden.

Zum Zivilehestreit.

Madrid, 5. Okt. In Valencia kam es gestern Abend auf den Straßen zu Kundgebungen gegen den Erzbischof, der in seinem Hirtenbrief die Zivilehe als ein schmachvolles Konkubinat bezeichnet hatte, dessen Schuldige nicht in geweihter Erde begraben werden dürften. Der morgige Ministerrat wird sich mit dem Vereinsgesetz beschäftigen.

Russische Revolution.

Ueberfälle.

Twer, 5. Okt. Heute Vormittag überfielen Bewaffnete einen aus Borißlawka kommenden Postwagen und raubten 5100 Rubel. Die Räuber entkamen.

Ufa, 5. Okt. Gestern Abend um 8 Uhr wurde von 40 bewaffneten Personen ein Ueberfall auf einen Postzug ausgeführt. In der Nähe einer Brücke über den Bjelafluß hielten die Uebeltäter den Zug an, töteten einen Soldaten, verwundeten drei Eisenbahnkassierer und raubten etwa 250 000 Rubel. Die Täter entkamen.

Massenhinrichtung.

Czenstochau, 5. Okt. Zehn standrechtlich zum Tode verurteilte Personen wurden heute hier hingerichtet.

Vereinsanzeiger.

Pforzheim. (Freie Radler.) Sonntag, 7. Okt., Familienausflug mit Tanz nach Dillstein' Gasthaus zur Rose, wozu unsere Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst einladet 3923.2 Der Vorstand.
NB. Sonntag Morgen 7 Uhr: Fuchsjagd.

Freiburg i. Br. (Jugendorganisation.) Nächsten Montag, abends halb 9 Uhr, Versammlung bei Santo.

Pfullendorf. (Soz. Verein) Sonntag, 7. d. Mts., nachmittags halb 5 Uhr Versammlung im Weißen Ochsen. Tagesordnung: Bericht über den Parteitag. Referent Genosse Krohn-Konstanz.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Leitartikel, Badische und Deutsche Politik, Ausland und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weißmann; für die Inserate: K. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Preisausschreiben. Wir machen unsere verehrten Leser auf das im Inseratenteile unseres Blattes bekanntgegebene große Preisausschreiben besonders aufmerksam, das von Kathreiners Malzkaffee-Fabriken in München veranstaltet wird und mit zahlreichen Geldpreisen im Gesamtwerte von 5000 Mark ausgestattet ist. Durch die Erfüllung der verhältnismäßig leichten Preisaufgabe wird jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin die Möglichkeit geboten, sich für das Weihnachtsfest eine hübsche Summe Geldes — bis zu 500 Mark — nebenbei zu erwerben. Alles Nähere erfährt man aus der Annonce im zweiten Blatt auf Seite 8.

Arbeiter-Radfahrerverein Karlsruhe.

Am **Sonntag den 6. Oktober 1906** findet bei **Möhrlein**, Kaiserstraße 13, unsere

Abendunterhaltung

statt, verbunden mit **humoristischen Vorträgen** und **Tanz**.

Hierzu ladet die Mitglieder und deren werte Angehörige, sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst ein. 3926

Der Vorstand.

Karlsruher Athleten-Gesellschaft.

Sonntag den 7. Oktober 1906 findet unsere diesjährige

Herbstfeier

verbunden mit **Musik** und **Tanz**, sowie

Rekrutenabschiedsfeier

im Vereinslokal, **Schrempp'scher Bierkeller**, Beiertheimer-Allee 18, abends 7 Uhr beginnend, statt wozu wir unsere sämtlichen Mitglieder nebst Familienangehörigen, sowie Sportsfreunde und Gönner des Vereins höfl. einladen. 3959

Der Vorstand.

NB. Gleichzeitig bringen wir unsern Mitgliegern nochmals zur Kenntnis, daß heute Abend halb 9 Uhr im Vereinslokal

Generalversammlung

stattfindet, wozu vollzähliges Erscheinen erwünscht ist. **D. O.**

Arb.-Radfahrerverein „Freie Radler" Brötzingen.

Sonntag den 7. Oktober findet

Familien-Abend

mit **Tanz** statt, wozu Freunde und Genossen freundlichst eingeladen sind. **Anfang 7 Uhr.** 3944

Der Vorstand.

Pforzheim! Pforzheim!

Gewerkschafts-Kolportage.

Die Verwaltung der Kolportage empfiehlt sich der organisierten Arbeiterschaft von Pforzheim und Umgebung in Lieferung aller mit der **Partei- und Gewerkschafts-Literatur** zusammenhängenden Schriften und Werke. Außerdem auch in Besorgung von Bestellungen anderer im Buchhandel erscheinenden Erzeugnisse.

Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß die **Neue Zeit** mit dem 1. Oktober ihren neuen Jahrgang begonnen hat. — Neu erschienen sind: **Neuer Weltkalender 1907, Arbeiter-Notizkalender 1907,** die dritte Abteilung der „Kulturbilder" mit dem Titel **Blut und Eisen** in Heften à **20** Pfg. In Erinnerung bringen wir **Soz. Monatshefte, Neue Gesellschaft, Gleichheit, In freien Stunden, Wahrer Jakob, Postillon,** Kulturbilder, 1. Abteilung: **Wider die Pfaffenherrschaft,** 2. Abteilung: **Die Hohenzollernlegende,** verschiedene **Kunstblätter** zum Einrahmen für Arbeiterwohnungen usw.

Bestellungen nehmen entgegen die Unterkassierer der Gewerkschaften, die Expedition des Volksfreund, Genosse Landsee, zum Tivoli und die Kolporteure.

3951.2 **Die Verwaltung.**

Donnerstag 4. — Freitag 5. — Samstag 6. Oktober

Grosser Reste-Ausverkauf

Alle Kleider- und Blusenstoffe bis 6 Mtr. mit 33%
Alle Baumwollwaren, Weisswaren bis 7 Mtr. mit 25% Rabatt.

Carl Schöpf

Marktplatz.

Pfänder-Versteigerung.

Am **Mittwoch den 17. Oktober** und nötigenfalls noch am folgenden Tag, vormittags von 10 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Leihhauses Schwanenstraße 8, 2. St., die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder **Nr. 2317—4786** gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungslokal wird ½ Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.

Die Kasse bleibt am Versteigerungstag **geschlossen.**

Karlsruhe den 6. Oktober 1906.

Städt. Pfandleihkasse.

Künstl. Zähne

von 2 Mk. an.
Umarbeiten 1 M. p. Zahn
Reparaturen v. 1 M. an
Plombieren, Zahnzieh. bill.

Carl König,
Dentist 3937
Kaiserstraße 124 b, III.

---

liefert jedermann
ungeachtet seiner Stellung und seines Berufes

Möbel, Betten Polsterwaren

in allen Holz- und Stilarten.
Spezialität:
Brautausstattungen.

Herren- und Knabenanzüge.
Herren- und Knabenpaletots.
Damen-Mäntel und Jacketts.
Damen-Costüme und Blusen.
Bettwäsche, Gardinen, Teppiche

Alles auf bequeme
Abzahlung.

Gefütterte **Loden-Joppen** von Mark 5.50 an.

Die größte Auswahl in **Herrenanzügen, Herbst und Winterpaletots**
Sportsanzügen, Schlafröcken und Hausjoppen
finden Sie im Spezialhaus

Capes von Mark 10.50 an.

Mitglied des Rabattsparvereins

N. Breitbarth

Karlsruhe Telefon 1612. Ecke Kaiser- und Herrenstraße.

Einzelne **Knaben-Hosen** in großer Auswahl.

Gleichzeitig erlaube ich mir meine **Abteilung** für feine Herrenschneiderei die unter Leitung eines tüchtigen Zuschneiders steht, zu empfehlen.

Sonntags nur von 11—2 Uhr geöffnet.

Knabenblusen und **Knabenjoppen** sehr preiswert.

Bekanntmachung.

Wir machen unsere Wasserabonnenten darauf aufmerksam, daß gemäß der §§ 39—41 der Wasserbezugsordnung für unvermietet leerstehende Wohnungen Wassergeldrückersatz gewährt wird, sofern die in den bezeichneten Paragraphen erwähnten Voraussetzungen zutreffen und die An- und Abmeldungen rechtzeitig besorgt werden.

Gleichzeitig machen wir auf § 14 der Wasserbezugsordnung aufmerksam, wonach jede, die Berechnung des Wassergeldes beeinflussende Aenderung an der Leitung oder im Wasserbezug anzuzeigen ist.

Städt. Wasserwerk Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Den selbstversicherten Kleinmeistern der Versicherungsanstalt der südwestlichen Baugewerksberufsgenossenschaft bringen wir gemäß §§ 27 und 28 des Bau-Unfall-Versicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 bezw. § 9 des Nebenstatuts der Genossenschaft zur Kenntnis, daß der Hebrollen-Auszug für das 3. und 4. Quartal 1906 von heute ab während 2 Wochen im Rathaus, Zimmer 58 (Eingang von der Zähringerstraße) zur Einsicht der Beteiligten aufliegt. Nach Ablauf dieser Frist werden die Prämienbeträge bei den versicherten Kleinmeistern erhoben werden.

Karlsruhe den 2. Oktober 1906. 3952

Arbeiter-Versicherungs-Kommission:
Dr. Horstmann.

Platzmeister gesucht.

Ein tüchtiger, energischer Mann, der etwas vom **Zimmer- oder Wagnerhandwerk** versteht, wird zum **sofortigen Eintritt gesucht.** 3956

Fr. & S. Zindschädel.
Augartenstraße 32.

Verband der Bäcker.

Mitgliedschaft Freiburg i. Br.

7. Stiftungsfest

verbunden mit **Theater-Aufführung, Gabenverlosung und Tanz** am **Sonntag den 7. Oktober, nachmittags 3 Uhr** im „Storchen", Schiffstraße. **Verlängerung bis 11 Uhr.**

Festrede vom Landtagsabgeordneten Gen. Kräuter.

Zu diesem Feste laden wir alle Gewerkschafts- und Parteigenossen freundlichst ein. 3948

Eintrittskarten im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg., zu haben im **„Storchen"** bei Geigele und den Vorstandsmitgliedern.

Sozialdemokratischer Verein Entingen.

Die Herbstfeier

findet **Sonntag den 7. Oktober 1906, abends halb 7 Uhr,** in der „Turnhalle" statt.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder sowie die Parteigenossen von Pforzheim und Umgebung freundlichst ein.

Der Vorstand.

Geschäftsverlegung u. Empfehlung

Mit Gegenwärtigem erlaube ich mir, meiner werten Kundschaft von hier und Umgebung die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich unterm Heutigen mein Geschäft von Kaiserstrasse 36 nach

Kaiserstrasse 38

verlegt habe.

Zugleich bringe ich meine sämtlichen Waren in empfehlende Erinnerung.

Hochachtungsvoll

Bernhard Kranz.

Zu verkaufen.

Zwei gebrauchte fast noch neue ländlich aufgerichtete **Betten** sind billig abzugeben. 3950.3
Näh. Rüppurrerstr. 104, 2. St.

Gelegenheitskauf!

Kommt nicht wieder! **Taschendiwan 50 Mk., Kanapee 12—15 Mk. Fauteuil 25 Mk., Matratze 6 Mk.**

Oehner, Schützenstr. 46.